

N I E D E R S C H R I F T

über die 29. Sitzung des Rates

| | |
|------|--|
| vom: | 19.06.2002 |
| von: | 16:00 Uhr |
| bis: | 19:17 Uhr |
| Ort: | Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal |

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender

1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen - als Vorsitzender zu TOP 10 und 11

Stv Al-Omary, Falk

Stv Bertelmann, Hans-Günter - bis 18.25 Uhr nach TOP 6

Stv Boller, Joachim

Stv Daus, Anny

Stv Dittert, Katrin

Stv Eberlein, Klaus-Peter

Stv Elter, Uwe

Stv Flohren, Angelika

Stv Fries, Traute

Stv Gaden, Helga

Stv Gelber, Gunther

Stv Gerlach, Heinrich

Stv Gierlich, Michael

Stv Glaamann, Herta

Stv Groß, Michael

Stv Heupel, Rüdiger

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz

Stv Höpfner-Diezemann, Ute

Stv Jacob, Martin

Stv Katz, Reinhilde

2. Stellv. BM Köhl, Siegfried

Stv Krombach, Ulrich

Stv Lauble, Wilhelm

Stv Moll, Ilona

Stv Mues, Gunter
Stv Mues, Steffen
Stv Müller, Heinz
Stv Müller, Manfred
Stv Nauck, Gerda
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner - bis 18.10 Uhr w. TOP 5
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Strunk, Christine
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StBR Brune
Städt. VD Mengel
Städt. VR Dorsch
Städt. VR Weber
StOAR Keßler
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
VA Kram
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bürgermeister Stötzel dankt dem ausgeschiedenen Ratsmitglied Sancho Kleine für seine Arbeit im Rat der Stadt Siegen und den Ausschüssen.

Als Nachfolger wird Herr Rolf Klöpperpieper durch Nachsprechen der Verpflichtungserklärung in sein Amt eingeführt.

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird einvernehmlich um die Punkte 15.2 und 15.3 - Ausschussumbesetzungen - erweitert.

Bezug nehmend auf die von der CDU-Fraktion beantragte Ergänzung um Punkt 4.2 - Kreisel Ortsmitte Trupbach - macht Herr Schneider deutlich, dass die SPD-Fraktion keinen dringenden Beratungsbedarf sieht, zumal sich der Verkehrsausschuss erst vor wenigen Tagen für eine Erprobungsphase ausgesprochen hat.

Herr Boller teilt diese Auffassung.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um Punkt 4.2 erweitert.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (18 Stimmen dagegen),
0 Enthaltungen**

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Al-Omary bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

3.1. Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland" im Rathausfoyer

Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.06.2002

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

Frage a)

War der Verwaltung die Einstufung des Veranstalters im Verfassungsschutzbericht bekannt?

Antwort:

Nein

Frage b)

Wie hat sich die Stadtverwaltung vor der Entscheidung über den Antragsteller und die inhaltliche Konzeption dieser geplanten Ausstellung informiert?

Antwort:

Nach persönlicher Projektbeschreibung eines Vertreters des VVN-BdA -Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - Anfang Februar 2002 wurde eine Informationsmappe mit einer Presseinformation nachgereicht (Faxdatum: 19.02.2002). Die Einsichtnahme der Unterlagen ergab keinerlei Hinweise auf eine gesetzeswidrige bzw. verfassungsfeindliche Ausstellung. Außerdem war bekannt, dass es sich um eine Wanderausstellung handelte, die bereits in mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland gezeigt wurde und längerfristig von einem örtlichen Veranstalter angemeldet werden musste. Daneben wurde der verbindliche Hinweis des örtlichen Veranstalters auf den Mitveranstalter IG-Metall Siegen-Wittgenstein als positiv bewertet.

Frage c)

Wie kann künftig sichergestellt werden, dass links- oder rechtsextremistische bzw. in Verfassungsschutzberichten des Bundes und des Landes NRW erwähnte und kritisch bewertete Organisationen und Verbände, die im Rathausfoyer oder in anderen städtischen Einrichtungen ausstellen und dabei Agitation betreiben wollen, eine Absage erhalten?

Antwort:

Die Erwähnung eines Vereins oder Organisation im Verfassungsschutzbericht des Landes oder Bundes rechtfertigt in Abstimmung mit dem örtlichen Verfassungs- und Staatsschutz keinerlei Maßnahmen wie Ablehnungen oder gar Verbote. Die sogenannte „Beobachtung“ erfolgt aufgrund der politischen Aktivitäten einer Organisation. Die hieraus erfolgte „Erwähnung“ im Verfassungsschutzbericht drückt lediglich eine politische Nähe aus, und ist keine Aussage über die Organisation, ihre Aktionen wären gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Frage d)

Ist verwaltungsseitig geplant, einen „Kriterienkatalog“ für die Zulassung von Ausstellungen im Rathausfoyer und in städtischen Einrichtungen zu erarbeiten?

Antwort:

Die Kulturabteilung der Stadt Siegen wird als sachbearbeitende Dienststelle für die Präsentation von Ausstellungen und Einzelveranstaltungen in der Rathausgalerie Siegen Richtlinien erarbeiten. Eine inhaltliche Beratung und damit Beteiligung aller im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen ist für den Kulturausschuss des Rates der Stadt Siegen vorgesehen.

3.2. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2002

Die Beantwortung erfolgt unter Punkt 5.

3.3. Plakatierung im Stadtgebiet

Anfrage des Stv Morgenschweis

Herr Dorsch erklärt, dass im Rahmen des Empfangs des ehemaligen Bundespräsidenten, Herrn Roman Herzog, in Siegen nicht über den Sinn und Zweck der Plakatierung "Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen" gesprochen wurde. Kontaktaufnahme ist über das Bundespräsidialamt, 11 010 Berlin möglich.

3.4. Baurechtliche Genehmigungen für Mobilfunkanlagen auf Gebäuden

Anfrage des Stv Schiemer vom 01.06.2002

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

a) Welche Konsequenzen hat die Verwaltung aus dem Urteil des OVG Münster vom 29. April 2002 gezogen ?

Alle Sendeanlagen, die auf, in oder an einem Gebäude errichtet werden sollen, unterliegen künftig grundsätzlich einer Genehmigungspflicht, da in diesen Fällen eine genehmigungspflichtige Nutzungsänderung vorliegt. Die Mobilfunkbetreiber haben hierzu einen Bauantrag einzureichen, dem neben Bauzeichnung und Lageplan insbesondere die Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post beigefügt sein muss. Es ist jedoch davon auszugehen,

dass derartige Anlagen grundsätzlich - bis auf solche in „Reinen Wohngebieten“ - genehmigungsfähig sind.

In „Reinen Wohngebieten“ sind in Einzelfällen Genehmigungen im Befreiungsweg denkbar, wenn die Standortgebundenheit für die Versorgung des Wohngebiets vom Mobilfunkbetreiber nachgewiesen wird.

b) Wurden von der Stadtverwaltung nach dem OVG-Urteil Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern geführt und welche Vereinbarungen sind auch auf der Grundlage des genannten OVG-Urteils in Bezug auf zukünftig noch in der Stadt Siegen geplante Mobilfunkanlagen bzw. auf bereits auf Gebäuden installierte Sendemasten getroffen worden ?

Auf der Grundlage der zwischen den Mobilfunkbetreibern und den kommunalen Spitzenverbänden im Juli 2001 getroffenen Rahmenvereinbarung haben die in Siegen tätigen Mobilfunkbetreiber D2-Vodafone, E-Plus, T-Mobile, O2-Germany (ehem. VIAG-Interkom) am 23. Mai 2002 der Verwaltung ihre Netzausbauplanungen für die kommenden Jahre vorgestellt.

Danach sind neben zahlreichen Erweiterungen bestehender Anlagen insgesamt 34 neue Mobilfunk-Basisstationen geplant.

Diese Standorte werden derzeit in der Verwaltung auf baurechtliche Aspekte und mögliche Konflikte mit der umgebenden Bebauung hin überprüft. Über das Ergebnis der Prüfung wird die Verwaltung dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie in seiner Sitzung am 11. 07. 2002 berichten.

Weiterhin haben interessierte Bürgerinnen und Bürger in der Zeit vom 10 bis 21. 06. 2002 Gelegenheit, Kartenunterlagen mit den vorhandenen und geplanten Senderstandorten bei der Verwaltung (Abteilung Umwelt) einzusehen. Auf diese Möglichkeit wurde vorher in der örtlichen Presse hingewiesen.

Die Mobilfunkbetreiber wurden am 23.05.2002 darauf hingewiesen, dass für alle neuen Senderstandorte entsprechende Bauanträge einzureichen sind (vgl. Antwort zu Frage a).

Bezüglich der bereits bestehenden Sender wurde vereinbart, dass ebenfalls Bauanträge zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen sind. Diese Verfahrensweise soll mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein abgestimmt werden, um eine kreiseinheitliche Bearbeitung zu gewährleisten.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Kostenloser Eintritt in die Hallen- und Freibäder der Stadt Siegen für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Siegen

Antrag der SPD-Fraktion vom 16.05.2002

Herr Baumeister merkt an, dass mit dem Verwaltungsvorschlag zu Vergünstigungen für Inhaber/innen der JuLeiCa eine abschließende Regelung angestrebt wurde. Trotz der Entscheidung des Rates, im Einzelfall auch Angebote für andere ehrenamtlich tätige Personengruppen zu schaffen bittet er, die finanziellen und organisatorischen

Konsequenzen zu bedenken.

Herr Schmidt macht deutlich, dass die JuLeiCa von Bund und Land initiiert wurde und auf das ehrenamtliche Engagement Jugendlicher abgestellt ist. Da andere Personengruppen dort nicht berücksichtigt werden, sollten auch seitens der Stadt keine weiteren Vergünstigungen gewährt werden.

Die UWG-Fraktion hatte bereits im Vorfeld der Diskussion über die JuLeiCa auf den Konflikt hingewiesen, so Herr Bertelmann. Es ist seines Erachtens legitim, dass auch für andere im ehrenamtlichen Bereich tätige Personengruppen Vergünstigungen gewährt werden.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte in den zurückliegenden Beratungen die Auffassung vertreten, nicht eine einzelne Gruppe besonders herauszustellen, betont Herr Groß. Da nicht ausgeschlossen ist, dass künftig weitere Anträge dieser Art gestellt werden schlägt er vor, den Antrag zurückzustellen und eine einheitliche Lösung zu finden.

Herr Walter führt aus, dass die F.D.P.-Fraktion bereits auf die Ungleichbehandlung hingewiesen hat. Da das Anliegen aus Sicht der Feuerwehr legitim ist wird seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Herr Schneider stellt die Verpflichtung der Feuerwehrleute zum Erhalt der körperlichen Fitness heraus und macht deutlich, dass der freie Eintritt in die Hallen- und Freibäder insoweit keine Vergünstigung darstellt. Insbesondere die Atemschutzgeräteträger sollten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt werden. Ein besonderer Verwaltungsaufwand ist mit dem Vorschlag nicht verbunden, da alle Personen über entsprechende Ausweise verfügen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob auch die ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Siegen die Hallen- und Freibäder der Stadt Siegen kostenlos besuchen können. Als Eintrittsberechtigung gilt der Dienstaussweis.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (23 Stimmen dafür), 4 Enthaltungen

4.2. Kreisverkehr Ortsmitte Trupbach

Eilantrag der CDU-Fraktion vom 17.06.2002 (Tischvorlage)

Die CDU-Fraktion sieht keine Notwendigkeit, den Kreisel beizubehalten, so Herr S. Mues. Trotz Nachbesserungen sind die Schulkinder an der Haltestelle gefährdet und der Verkehr wird durch den am Kreis haltenden Bus behindert. Zudem mündet eine Garagenzufahrt in den Kreisel, womit eine weitere Gefahrenquelle besteht. Nach Auffassung der Anwohner wirkt der Kreisel auch optisch störend im Ortsbild. Es

wird daher beantragt, die Erprobungsphase abubrechen, den Kreisel zu entfernen und das Dorferneuerungskonzept hinsichtlich einer Neugestaltung der Ortsmitte zu überarbeiten.

Herr Schneider erwidert, dass sich der Verkehrsausschuss erst vor wenigen Tagen auf Initiative der CDU-Vertreter für die Probephase ausgesprochen hat. Er sieht keine Veranlassung, das Votum des Fachausschusses in Frage zu stellen. Der Antrag sollte daher an den Ausschuss zurückverwiesen und dort ggf. in einer außerplanmäßigen Sitzung behandelt werden. Dies erhebt er zum Antrag.

Herr Al-Omary lehnt den Antrag ab. Das alte, von den Einwohnern beklagte, Problem nicht angepasster Geschwindigkeiten in der Ortsmitte würde bei einer Entfernung des Kreisels wieder entstehen.

Herr Bertelmann merkt an, dass eine Probephase dazu dient, Änderungsnotwendigkeiten festzustellen. Daher sollte diese auch zu Ende geführt und das Ergebnis abgewartet werden.

Herr G. Mues weist darauf hin, dass die Probephase teilweise in die Ferienzeit fällt und daher als Bewertungsgrundlage nicht geeignet ist. Eine Geschwindigkeitsreduzierung kann auch durch Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone erreicht werden.

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Rothenpieler Schluss der Debatte.

Herr Bürgermeister Stötzel teilt mit, dass keine Wortmeldungen mehr notiert sind.

► Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss (über den Antrag des Stv Schneider):

Der Antrag wird an den Verkehrsausschuss verwiesen. Die Beratung soll kurzfristig im Rahmen einer Sondersitzung erfolgen.

Beratungsergebnis: 25 Stimmen dafür, 28 dagegen, 2 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss (über den Antrag der CDU-Fraktion):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den "Trupbacher Kreisel" umgehend zu entfernen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das vorhandene Dorferneuerungsprogramm Trupbach bezüglich einer dorf- und verkehrsgerechten Gestaltung der Ortsmitte zu überarbeiten und in der nächsten Sitzung des Bauausschusses darüber zu berichten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (21 Stimmen dagegen), 5 Enthaltungen

5. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

Vorlagenr. 1951/2002 - Vorlage vom 16.05.2002

Herr Keßler beantwortet zunächst die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. TOP 3.2) wie folgt:

Zu den Punkten 1 bis 3 wurde eine Stellungnahme des Schulamtes des Kreises Siegen-Wittgenstein eingeholt.

Frage 1: *Gibt es in anderen Kommunen in Nordrhein-Westfalen sonderpädagogische Fördergruppen für behinderte und nicht behinderte Kinder an weiterführenden Schulen? Wenn ja, welche Kommunen sind dies? Welche Erfahrungen wurden dort mit der integrativen Beschulung gemacht?*

Antwort: Zur Zeit gibt es sonderpädagogische Fördergruppen im südwestfälischen Raum an der
Hauptschule Olpe (im 2. Jahr, arbeitet sehr erfolgreich, zur Zeit hohe Akzeptanz, eingerichtet gegen das Votum aus Schul- und Lehrerkonferenz)
Hauptschule Buschhütten (seit 1 Jahr, arbeitet mustergültig, ursprünglich in der Schule kontrovers diskutiert, zuerst Ablehnung, dann Zustimmung)
Hauptschule Wenden (vom kommenden Schuljahr an)

Weitere sonderpädagogische Fördergruppen im Bereich der Bezirksregierung Arnsberg gibt es in Dortmund und Plettenberg, über landesweite Zahlen verfügt das Schulamt derzeit nicht.

Frage 2: *Wer entscheidet im Kreis Siegen-Wittgenstein welche Kinder für eine sonderpädagogische Fördergruppe in Frage kommen? Nach welchen Kriterien wird eine solche Entscheidung getroffen? Wie bedeutsam ist in diesem Kontext das Kindeswohl? Wie fiel die Bewertung im Falle der nun für den gemeinsamen Unterricht vorgesehenen Kinder aus?*

Antwort: Die Entscheidung über den sonderpädagogischen Förderort - sofern er gegeben ist - trifft das Schulamt für den Kreis Siegen-Wittgenstein.

Das entscheidende Kriterium ist, dass dort dem individuellen sonderpädagogischen Förderbedarf des einzelnen Kindes entsprochen werden kann. Es wird bei jedem Kind eine Einzelfallentscheidung getroffen. Der Entscheidung voraus geht ein entsprechender Antrag der Eltern auf integrative Beschulung in der Sekundarstufe I.

Das Kindeswohl hat sowohl für Eltern als auch für das Schulamt einen sehr hohen Stellenwert. Vorrangig ist der Anspruch des Kindes auf eine seinem Bedarf entsprechende sonderpädagogische Förderung. Bei allen in Betracht kommenden Kindern hat die Einzelfallprüfung ergeben, dass die sonderpädagogische Fördergruppe der geeignete Förderort ist.

Frage 3: *Welche Position hat der Schulrat im konkreten Fall eingenommen? Wie lauten die Gründe?*

Antwort: Der Schulrat hat in allen Beratungen und Gesprächen erkennen lassen, dass er die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe im Bereich der Stadt Siegen sehr befürwortet, da er die Fortsetzung der im Primarbereich sehr erfolgreichen Beschulung im Gemeinsamen Unterricht für fortsetzenswert hält.
Als seine Gründe hat er (nicht abschließend) angegeben:
Das (Grund-)Recht der Eltern und Kinder auf Integration und somit auch auf integrative Beschulung,
die sehr erfolgreiche, langjährige Integration in der Grundschule
die bisherige Entwicklung der integrativ beschulten Kinder,
der soziale Effekt bzw. Nutzen für alle (!) Kinder

Frage 4: *Warum liegt bis heute keine Stellungnahme des Behindertenbeauftragten der Stadt Siegen vor? Wurde er mit der vorliegenden Vorlage befasst? Wie bewertet der Behindertenbeauftragte das Anliegen, in Siegen eine sonderpädagogische Fördergruppe einzurichten?*

Antwort: Eine Stellungnahme zur vorliegenden Vorlage war nicht gesondert vorgesehen, da diese sich im Schwerpunkt mit der Umsetzungsmöglichkeit aus Schulträgersicht beschäftigt und die pädagogisch inhaltlichen Bewertungen und Beratungsbedarfe sowohl in der Informationsveranstaltung für alle Schulleitungen am 19. Dezember 2001 sowie im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen am 21. März 2002 im Schwerpunkt behandelt wurden. Am 19. Dezember war die Arbeitsgruppe Hilfen für Behinderte durch Herrn Damerius und Frau Dittmar vertreten, der Einladung zur Beratung im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen am 21. März 2002 konnte wegen anderer Termine kein Vertreter der Arbeitsgruppe folgen.

Für die CDU-Fraktion appelliert Frau Höpfner-Diezemann, rückblickend auf die vergangenen Diskussionen, die sachlichen Aspekte in den Vordergrund zu stellen.

Es ist das legitime Recht eines Jeden, spezielle Schulen zur Unterrichtung von behinderten Kindern für besser geeignet zu halten, als alternative Unterrichtsformen.

Die guten Ergebnisse der Arbeit in den unterschiedlichen Sonderschulen und die auf Augenhöhe mit den allgemeinbildenden Schulen gewachsene gesellschaftliche Akzeptanz sind unbestritten. In Errichtung, Ausstattung und zielgenaue Ausbildung der Lehrer wurde viel investiert, um den Schwächsten in der Gesellschaft eine gleichberechtigte Teilnahme am alltäglichen Leben zu ermöglichen.

Die Position, dass diese Schulen in besonderem Maße geeignet sind, auf Integration hinzuarbeiten, muss jeder vertreten dürfen, ohne den Makel der Integrations- oder Behindertenfeindlichkeit angeheftet zu bekommen. Letztendlich ist es das Ziel im sozial- gesellschaftlichen Bereich einer jeden Sonderschule, Kinder so zu erziehen, Defizite soweit auszugleichen und Behinderungen in den Hintergrund treten zu lassen, um Integrationsfähigkeit auch im Erwachsenenleben zu ermöglichen. Das Ziel einer sonderpädagogischen Fördergruppe ist das Gleiche, der Weg ist ein anderer. Weder in der Fachausschussberatung noch jetzt lässt ihres Erachtens erkennen, dass die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe mit negativen Vorzeichen gesehen wird. So stehen für den Förderort Peter-Paul-Rubens-Gymnasium hinsichtlich des finanziellen Rahmens weder erhebliche Mehrkosten im Schülerfahrverkehr noch unüberschaubare Kosten für Lehr- und Lernmittel im Raum.

Der Knackpunkt und die unterschiedlichen Sichtweisen traten mit dem Förderort zutage. Laut Verwaltungsvorlage sind alle städtischen Schulen der Sekundarstufe I auf die räumlichen Gegebenheiten und die behindertengerechte Ausstattung hin überprüft worden. Beide Voraussetzungen treffen nur am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium zusammen.

Für die CDU-Fraktion gab es also 2 Fakten:

- a) Es gibt nur die Möglichkeit am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium.
- b) Die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe wird seitens des Gymnasiums für dieses Jahr abgelehnt, da zu grundsätzlichen Bedenken auch noch der Wechsel der Schulleitung und der stellv. Schulleitung ansteht.

Die CDU-Fraktion hält ihre Position aufrecht, dass ohne eine breite Zustimmung seitens der entsprechenden Schule die Verantwortung, eine sonderpädagogische Fördergruppe einzurichten, nicht mit getragen werden kann.

Die behinderten Kinder sollten mit großer Bereitschaft empfangen werden, denn sie stehen unter besonderem Schutz und bedürfen besonderer Zuwendung. Dies gelingt nur bei breiter Akzeptanz innerhalb der Lehrerschaft. Beispielhaft ist hier die Hans-Reinhardt-Schule zu nennen. Die CDU-Fraktion stimmt daher der Verwaltungsvorlage bezogen auf das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium zu.

Da offensichtlich, so Frau Höpfner-Diezemann weiter, entgegen der Annahme der Mitglieder der CDU-Fraktion noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind und zwischenzeitlich Gespräche mit unterschiedlichen Partnern geführt wurden sieht sich die CDU-Fraktion folgenden Erkenntnissen gegenüber:

- a) Die Haardter-Berg-Hauptschule signalisiert - unter bestimmten Voraussetzungen - die Bereitschaft, eine solche Gruppe einzurichten.
- b) Nach Aussage der Eltern und einer Sonderpädagogin an der Hauptschule Buschhütten kann es sich bei dem benötigten Raum auch um einen Gruppenraum o. ä. handeln.
- c) Ein teurer, behindertengerechter Ausbau mit einem Aufzug, der haushaltsunverträglich wäre, ist nicht unbedingt erforderlich.

Auf Grund dieser Erkenntnisse und den Fakten aus der Verwaltungsvorlage, dass sowohl an der Haardter-Berg-Schule wie auch an der Winchenbach-Hauptschule geringfügige Raumkapazitäten für das Schuljahr 2002/2003 vorhanden sind beantragt die CDU-Fraktion, die Vorlage mit einem entsprechenden Prüfauftrag in den Fachausschuss zurückzuverweisen. Dabei müssen die finanziellen Auswirkungen gleich denen am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium sein. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Akzeptanz des Lehrerkollegiums und der Schulkonferenz gerichtet werden.

Bezug nehmend auf die Anfrage seiner Fraktion und die Antwort der Verwaltung zur Einbindung des Behindertenbeauftragten verweist Herr Groß zunächst auf eine Aussage des Bürgermeisters vor der letzten Kommunalwahl, dass "zukünftig entsprechende separate Stellungnahmen des Behindertenbeauftragten gegenüber dem Rat und der Öffentlichkeit zu ermöglichen sind". Die praktische Umsetzung ist bisher nicht festzustellen und sollte künftig gewährleistet werden.

Zum Beratungspunkt selbst führt er aus, dass aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei Aspekte Anlass der Debatte waren:

- a) eine sehr unglückliche Verwaltungsvorlage, die im Ergebnis dazu kommt, dass das Oberzentrum Stadt Siegen nicht in der Lage ist, eine integrative Fördergruppe für sechs behinderte Kinder einzurichten;
- b) die in seiner Wahrnehmung gleichgewichtige, völlig überflüssige und verletzende geführte Diskussion über den Sinn integrativer Fördergruppen im Fachausschuss; Unberücksichtigt blieben dabei der Elternwille und die einhellige Auffassung der Fachleute einschl. des Schulrates.

In der Sache geht es primär darum, sechs Kinder, die bisher mit großem Erfolg in einer integrativen Fördergruppe beschult wurden, an einer weiterführenden Schule eine sonderpädagogische Förderung angedeihen zu lassen. Damit verbunden ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Systementscheidung für oder gegen Integration bzw. Sonderschulen. Damit verbunden ist auch nicht die Abschaffung dieser Schulen. Deren Arbeit kann nicht hoch genug geschätzt werden.

Zur Debatte steht vielmehr, ob der Rat der Stadt Siegen Willens und in der Lage ist, den Kindern eine optimale Förderung zukommen zu lassen. Selbst wenn einzelne Ratskollegen nicht ganz von dieser Art der Beschulung überzeugt sind, kann der Rat

nicht die Alltagserfahrung der Familien und die fachliche Einschätzung ignorieren. Vor diesem Hintergrund ist die Beschlussempfehlung der CDU-Fraktion zu begrüßen, eine erneute Prüfung vorzunehmen.

Frau Flohren hebt eingangs hervor, dass die SPD-Fraktion weiterhin ihren Antrag für die Einrichtung einer Sonderpädagogischen Fördergruppe zum Schuljahr 2002/2003 aufrecht erhält und somit dafür wirbt, den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abzulehnen. Sie hofft, dass die Zeit für weitere Information in den Fraktionen genutzt wurde, um heute einvernehmlich eine Entscheidung im Sinne der antragstellenden Kinder zu treffen. Die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe ist die natürliche und logische Konsequenz aus dem gültigen Schulverwaltungs-gesetz, aus bereits erfolgreich verlaufener Erziehung in Kindergärten sowie ebenso erfolgreicher Beschulung in Grundschulen.

Die plötzliche Positionsänderung der CDU ist zwar nachvollziehbar, entschuldbar und überzeugend jedoch nicht. Niemand im Rat und eigentlich auch nicht in der ganzen Stadt, kann der CDU ernsthaft Behindertenfeindlichkeit und soziale Kälte vorwerfen. Dies war auch in der letzten Schulausschusssitzung nicht der Fall. Vorzuhalten ist aber nach Auffassung der SPD-Fraktion eine rückwärtsgerichtete, nicht am aktuellen Wissenschaftsstand orientierte Sichtweise von Schulen, und insbesondere bei der integrativen Beschulung in einer Regelschule. Es könnte der Eindruck entstehen, dass es möglicherweise an ausreichender Information und Sachkunde fehlte. Nach ihrer Einschätzung stand ablehnende Haltung schon vor der Fachausschusssitzung fest und setzt sich konsequent bis heute fort. Weder die Erfahrungsberichte aus anderen Schulen, noch die positive Stellungnahme des Schulrates, noch die vielfältige aufklärende Berichterstattung in den Medien, noch allein bisher über 3.000 Unterschriften konnten bisher beeindrucken.

Das in Frage kommende Gymnasium hat eine zugegebenermaßen negative Stellungnahme abgegeben, die aber hier nicht als ausschlaggebendes Kriterium für die generelle Ablehnung gelten kann.

In der bisherigen Diskussion sprachen aus Sicht der Mehrheit überwiegend nicht die Gegebenheiten vor Ort, sondern vielmehr pädagogische Aspekte gegen die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe.

Daher ist die heutige Argumentation nicht überzeugend. Die beiden Siegener Sonderschulen haben eine klare Position bezogen und auch klar formuliert, dass sie die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe ablehnen. Das ist legitim und wird offen ausgesprochen. Im Gegensatz zur eindeutigen Position der Sonderschulen werden in der Stellungnahme des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums nur eine Reihe von Bedenken geäußert. Eine exakt und konkret formulierte Ablehnung mit der Abstimmung der Schulkonferenz und der Lehrerkonferenz liegt nicht vor.

Auch die Verwaltungsvorlage ist aus Sicht der SPD-Fraktion unstimmig in ihrem ausführlichen Sachstandsbericht und Beschlussvorschlag.

Sie ist überzeugt, dass die Bedenken der Schulen noch ausgeräumt werden können oder noch einmal geprüft werden muss, ob eine andere Schule in Frage kommt.

Selbst wenn das nicht der Fall ist, müssten die Bedenken oder zumindest einige Bedenken des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums ausgeräumt werden können. Alle sind gefordert, der Schule in den notwendigen Hilfestellungen zu geben. Diesbezüglich stellt sich auch die Frage, ob die Verwaltung möglicherweise viel zu spät reagiert hat.

Abschließend hält Frau Flohren fest, dass wissenschaftliche Erkenntnisse für die Einrichtung von sonderpädagogischen Fördergruppen sprechen. Beim Blick über die Landesgrenzen und den berühmten Tellerrand ist festzustellen, dass das Prinzip der Sonderförderung in Sonderschulen nicht grundsätzlich und per se sinnvoll ist. Diesbezüglich ist auf die Pisa-Studie zu verweisen wo es u. a. heißt "Integration muss das Ziel im Bildungsbereich sein". Sie fordert, den Elternwillen ernst zu nehmen und diesem eine besonders hohe Gewichtung beizumessen, da die Eltern die Bedürfnisse ihrer Kinder am besten kennen und einschätzen können.

Herr Bürgermeister Stötzel weist die an die Verwaltung gerichteten Vorwürfe zurück. Die Vorlage ist sachgerecht und ausgewogen. Die Einbeziehung des Behindertenbeauftragten obliegt dem federführenden Beigeordneten und ist seines Wissens erfolgt. Er selbst hat in der Öffentlichkeit zu keiner Zeit zum Sinn einer sonderpädagogischen Fördergruppe Stellung genommen sondern lediglich darauf hingewiesen, dass es möglich sein muss, die Fakten gegeneinander abzuwägen und ggf. im Zeitablauf zu anderen Erkenntnissen zu gelangen. Des Weiteren hatte er dem offensichtlich in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck, dass Sonderschulen nicht erforderlich wären, widersprochen. Vielmehr ist die hervorragende Arbeit in diesen Einrichtungen und die individuelle Förderung der Kinder herauszustellen. Daneben können im Einzelfall Fördergruppen eine sinnvolle Ergänzung darstellen.

Herr Bertelmann führt aus, dass sich die UWG-Fraktion eingehend mit der Thematik befasst hat. Auf Grund ihrer unterschiedlichen Behinderungen bedürfen die Kinder einer gezielten individuellen Betreuung. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Sonderschulen, die in der Gesellschaft leider immer noch mit einem negativen Image versehen werden, eine hervorragende Arbeit leisten und entsprechend spezialisiert sind. Für die bestmögliche Förderung der Kinder nach der gemeinsamen Grundschulzeit sind erfahrene Pädagogen sowie eine geeignete Schuleinrichtung und -ausstattung notwendig. Der Vorlage ist zu entnehmen, dass für die Sachausstattung im ersten Jahr lediglich 2000 € zur Verfügung stehen. Ob die Kinder in einer sonderpädagogische Fördergruppe an einer weiterführenden Regelschule mit diesen Sachmitteln und der dargestellten personellen Ausstattung, im Vergleich zu einer spezialisierten Schule, möglichst optimal gefördert werden können, ist seines Erachtens fraglich. Ein wichtiger Faktor in der Abwägung ist andererseits der Wille der Eltern, die die Beschulung ihrer Kinder in einer solchen Gruppe wünschen. Das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium sieht sich derzeit nicht in der Lage, eine solche Gruppe aufzunehmen. Wenn aber eine sonderpädagogische Fördergruppe eingerichtet wird, ist es wichtig, dass diese in der Schule willkommen ist und in das Schulleben integriert wird. Insofern ist eine erneute Überprüfung zu begrüßen.

Herr Walter ist der Meinung, dass die Zuständigkeit des Rates bei der Frage der räumlichen Unterbringung und Ausstattung gegeben ist, nicht aber bei der Beurteilung der pädagogischen Konzeption. In Anbetracht der Aussagen der Fachleute und der Erfahrungen in anderen Städten sollte auch in Siegen eine Integrationsgruppe mit einer gezielten Förderung der Kinder unterstützt werden. Die F.D.P.-Fraktion wird daher dem Vorschlag der CDU zustimmen.

Frau Tielsch bemängelt, dass in der Vorlage nicht alle Aspekte hinreichend berücksichtigt wurden. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Kinder an einer spezialisierten Sonderschule die beste Förderung bekommen, kann diese schwierige Frage nicht losgelöst vom Elternwillen beurteilt werden. Die Eltern wünschen sich ein Stück Normalität im Alltag und ziehen eine sonderpädagogische Fördergruppe vor, obwohl darauf hingewiesen wurde, dass bei Einrichtung einer solchen Gruppe ein Qualitätsverlust gegenüber einer speziellen Förderung an einer Sonderschule entstehen kann. Auch der Bericht über die Erfahrungen an der Hauptschule Buschhütten ist ebenso in die Überlegungen einzubeziehen wie der Hinweis, dass die Haardter-Berg-Schule unter bestimmten Voraussetzungen bereit ist, eine solche Gruppe aufzunehmen. Da die Verwaltungsvorlage nur auf das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium abgestellt ist, kann sie dieser nicht zustimmen und begrüßt daher den Vorschlag, eine erneute Überprüfung vorzunehmen.

- ◆ Auf Bitte der SPD-Fraktion wird die Sitzung von 18.03 Uhr bis 18.17 Uhr unterbrochen.

Für die SPD-Fraktion bittet Frau Fries, über den Verwaltungsvorschlag und den Änderungsantrag getrennt abstimmen zu lassen. Ergänzend wird von der SPD beantragt, die Option für die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium offen zu halten.

Beschluss:

(über den Verwaltungsvorschlag)

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, von der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an einer unter Trägerschaft der Stadt Siegen stehenden allgemeinbildenden Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003 abzusehen.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 18 Stimmen dagegen (SPD, GRÜNE), 4 Enthaltungen

Beschluss (über den Antrag der CDU-Fraktion):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen zur Einrichtung einer sozialpädagogischen Fördergruppe an der Hauptschule Winchenbach und an der Hauptschule Haardter Berg zum Schuljahresbeginn 2002/2003 zu prüfen und die Ergebnisse kurzfristig dem Schulausschuss zur Beratung vorzulegen. Dabei müssen die finanziellen Auswirkungen gleich denen am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium sein. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf die Akzeptanz des Lehrerkollegiums und der Schulkonferenz gelegt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschluss (über den Antrag der SPD-Fraktion):

Für den Fall, dass die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Hauptschule Winchenbach oder der Hauptschule Haardter Berg zum Schuljahresbeginn 2002/2003 nicht möglich ist, wird die Option für den Standort Peter-Paul-Rubens-Gymnasium offengehalten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (18 Stimmen dafür - SPD, GRÜNE), 0 Enthaltungen

6. Einbindung einer Schülervertreterin/eines Schülervertreters in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Vorlagenr. 1959/2002 - Vorlage vom 16.05.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hannes Gieseler als ordentliches beratendes Mitglied, Herrn Tobias Schuster als stellvertretendes beratendes Mitglied sowie Herrn Florian Giermann als Nachfolger von Herrn Schuster in der Stellvertretung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

7. Städtische Hilfen zur Arbeit

Vorlagenr. 1923/2002 - Vorlage vom 25.04.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Eberlein an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen des Konzeptes Hilfe zur Arbeit

- A) 20 Plätze (Laufzeit 3 Monate, dann alternierend) / 80 Plätze pro Jahr für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Kooperation mit der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH zu schaffen. Der damit verbundene sozialhilferechtliche Mehrbedarf wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Kosten außerhalb der Bestimmungen nach dem BSHG betragen 250,00 € pro Sozialhilfebeziehendem pro Monat = 60.000,00 € p. a. (Modul 1);
- B) 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon

- 11 Plätze Neue Arbeit Siegerland gGmbH
- 6 Plätze Siegener Recycling Werkstätten gGmbH
- 3 Plätze Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein / Olpe

zu schaffen.

Die *maximale* Laufzeit der Arbeitsverträge wird auf 18 Monate begrenzt. Die ersparten Sozialhilfearaufwendungen werden zur Mitfinanzierung der Arbeitsverträge durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Die städtischen Kosten betragen pro Arbeitsvertrag pro Monat 800,00 € / max. 14.400,00 € pro Arbeitsvertrag = 192.000,00 € p. a. (Modul 2).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**8. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

Vorlage Nr. 1582/2001 + 1582/2001 A - Vorlagen vom 22.11.2001 und 26.04.2002

Herr Schmidt bringt vor, dass sowohl in diesem, als auch im Vertrag unter dem nächsten Tagesordnungspunkt analog anderer Regelungen der Auftrag für das Rechnungsprüfungsamt präzisiert werden sollte. Er beantragt daher, in beiden Verträgen folgendes zu ergänzen: "Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen steht ein uneingeschränktes Prüfrecht einschließlich der Prüfung aller Belege und Bücher zu."

Herr Rujanski erklärt für die SPD-Fraktion, dass sich diese bei der Abstimmung enthalten wird. Die Notwendigkeit der zu leistenden inhaltlichen Aufgaben wird nicht bestritten, ebenso wenig wird die Kompetenz der vorgeschlagenen Träger angezweifelt. Die Enthaltung richtet sich gegen den von der Verwaltung vorgeschlagenen "neuen" Leistungsvertrag, insbesondere gegen wichtige Passagen und ihre inhaltlichen Ausführungen sowie die unzureichenden Informationen hinsichtlich der Bedarfe und Vergleichbarkeiten von Leistungsangeboten von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, der Vereine und privaten Anbietern. Die Frage der am Markt zu überprüfenden Angebote, von festgelegten Qualitätsstandards im sozialen Bereich ausgehend, darf an dieser Stelle auch nicht tabuisiert werden. Die neuen Verträge stellen nach Auffassung der SPD-Fraktion keine Änderung zum Status Quo bedeuten sondern ausschließlich eine finanzielle Absicherung der Freien Träger.

Herr Krombach bittet, den Ergänzungsantrag dahingehend zu präzisieren, dass sich die Prüfung lediglich auf die städtischen Zuschüsse bzw. die im Vertrag behandelten Angelegenheiten beziehen kann.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage 1582/2001 als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlagen unter Berücksichtigung folgender Ergänzung zu.

Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen steht in dem Bereich der Erledigung städtischer Aufgaben ein uneingeschränktes Prüfungsrecht einschließlich aller Belege und Bücher bezüglich der seitens der Stadt Siegen übertragenen Aufgaben zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 10 Enthaltungen (SPD)

**9. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. 1583/2001 + 1583/2001 A - Vorlagen vom 22.11.2001 und 29.04.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Groß an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage 1583/2001 als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlagen mit folgender Ergänzung / Änderung zu:

Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen steht in dem Bereich der Erledigung städtischer Aufgaben ein uneingeschränktes Prüfungsrecht einschließlich aller Belege und Bücher bezüglich der seitens der Stadt Siegen übertragenen Aufgaben zu.

In § 8 des neuen Leistungsvertrages ist die Laufzeit vom 01.07.2002 bis zum 31.12.2003 zu begrenzen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 10 Enthaltungen (SPD)

10. Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2001

- 1. Kenntnisnahme des Jahresrechnungsergebnisses 2001 mit Rechenschaftsbericht**
- 2. Kenntnisnahme der restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben**
- 3. Überweisung der Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss**

Vorlagenr. 1955/2002 - Vorlage vom 14.05.2002

Herr Baumeister berichtet, dass das Haushaltsjahr 2001 geprägt war von Einnahmeausfällen bei der Gewerbesteuer und dem Einkommensteueranteil in einer Größenordnung von 19,3 Mio. DM gegenüber den Einnahmeerwartungen. Durch eine restriktive Haushaltsführung konnte die Fehlbetragsausweitung im Jahresergebnis auf 4,6 Mio. DM begrenzt werden. Somit ist ein Gesamtfehlbetrag im Jahr 2001 in Höhe von 48,2 Mio. DM zu verzeichnen, der im Jahr 2003 zur Abdeckung anstehen wird. Der Vermögenshaushalt gestaltet sich mit ca. 82,4 Mio. DM in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen. Haushaltsreste von ca. 19,5 Mio. DM wurden in das Haushaltsjahr 2002 übertragen, wobei die Restebildung einem sehr strengen Maßstab unterworfen wurde. Die Summe der Kreditaufnahmen liegt um 4 Mio. unter der Ermächtigung. Er hebt hervor, dass seit 1997 keine Nettoneuverschuldung im investiven Teil des Haushaltes zu verzeichnen ist. Als problematisch stellt sich vielmehr das Auseinanderdriften von Einnahmen und Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb dar.

Herr Mues bittet um Information, welche Aktien zwischenzeitlich veräußert wurden, welche Positionen noch offen sind und auf welche der 10 %-ige Kommunalabschlag entfällt.

Herr Baumeister teilt mit, dass die Verwaltung dem Rat einen besonderen Vorschlag im Hinblick auf die Optimierung des Aktienbestandes und auf Veräußerungsnotwendigkeiten voraussichtlich nach den Sommerferien unterbreiten wird. In diesem Zusammenhang sind auch die von Herrn Mues erbetenen Übersichten zu betrachten. Darüber hinaus ist eine Information über die Bausteine des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, u. a. das von Herrn Mues angesprochene Ressourcenverbrauchskonzept, vorgesehen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen

1. nimmt von dem Ergebnis der Jahresrechnung 2001 Kenntnis,
2. nimmt die restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2001 zur Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt:

453.517,27 DM

im Vermögenshaushalt:

880.650,43 DM

3. überweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

11. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002

Vorlagenr. 1964/2002 - Vorlage vom 22.05.2002

Herr Baumeister berichtet ergänzend, dass seit dem 03.06.2002 die Haushaltsgenehmigung ohne Bedingungen und Auflagen vorliegt. Der Landrat als Untere Staatliche Aufsichtsbehörde macht jedoch in einem umfassenden Schriftsatz bestimmte Ausführungen zur Haushaltswirtschaft der Stadt Siegen und gibt Hinweise zur zukünftigen Gestaltung des Haushaltes. Auch zukünftig ist eine Nettoneuverschuldung im Vermögenshaushalt zu vermeiden. Darüber möchte er sichergestellt wissen, dass der Zuschussbedarf bei bestimmten Einrichtungen freiwilliger Art deutlich reduziert wird. Hinsichtlich der Steuersätze wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Stadt Siegen als Haushaltssicherungsgemeinde bei der Grundsteuer B den Handlungsrahmen des Innenministers noch nicht ausschöpft hat. Zu dieser Thematik wird die Verwaltung nach der Sommerpause entsprechende Vorschläge unterbreiten. Darüber hinaus war es erforderlich, so Herr Baumeister weiter, mit Datum vom 18.06.2002 eine haushaltswirtschaftliche Teilsperre zu verfügen und von allen Fachbereichen einen Konsolidierungsbeitrag von 10 % der disponiblen Ausgaben zu verlangen. Abweichend vom Verfahren der vergangenen Jahre konnte auch der Bereich der freiwilligen Ausgaben nicht außer acht gelassen werden. In der Perspektive für das Jahr 2003 wird deutlich, dass die dramatische Defizitentwicklung kaum noch zu beherrschen sein wird. Die Finanzdezernenten der nordrhein-westfälischen Großstädte haben übereinstimmend festgestellt, dass mit herkömmlichen Konsolidierungsmaßnahmen die kommunale Finanzmisere nicht mehr zu korrigieren sein wird. Beispielsweise könnte in Siegen selbst bei Kappung aller freiwilligen Leistungen und Einrichtungen das strukturelle Defizit nicht ausgeglichen werden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Städte nicht in der Lage sein werden, die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

- ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 zur Kenntnis.

12. Verbesserung der städtischen Einnahmesituation durch Akquirierung von Hauptwohnsitzanmeldungen

Vorlagenr. 1965/2002 - Vorlage vom 21.05.2002

Herr Baumeister verweist auf seine Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss hinsichtlich der rechtlichen Aspekte und merkt an, dass zwischenzeitlich zahlreiche andere Universitätsstädte mittlerweile ähnliche Aktionen durchführen. Vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltslage hat er sich in der Abwägung für eine versuchsweise Durchführung entschieden.

Herr Schiemer bringt vor, dass die in Zusammenhang mit seiner Anfrage zu diesem Thema im Jahr 1999 vorgebrachten rechtlichen Bedenken für ihn nicht ausgeräumt sind sondern in der Abwägung lediglich andere Prioritäten gesetzt wurden.

Bezüglich der Erfahrungen und Beispiele anderer Städte berichtet Herr Baumeister über Aktivitäten der Städte Dresden und Marburg und verweist darüber hinaus auf einen Bericht in "Der Städtetag" aus Oktober 2001. Den Studierenden werden keine zusätzlichen Verwaltungsgebühren bei der Ummeldung entstehen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, als Anreiz zur Hauptwohnsitzanmeldung, den Siegener Studierenden, die von außerhalb kommen und ihren Hauptwohnsitz in Siegen anmelden, beginnend mit dem Wintersemester 2002/2003 einmalig die Kosten für das Semesterticket (derzeit 51 EURO) zu erstatten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen

13. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Siegen-Meiswinkel;

hier:

- **Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
- **Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und der TÖB**
- **Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 49 "Berghofstraße" und ihre öffentliche Auslegung**

Vorlagenr. 1834/2002 - Vorlage vom 08.04.2002

Beschluss:

(in Abänderung gem. Empfehlung des Bauausschusses):

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 3 (2) BauGB den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Siegen-Meisdorf und seine öffentliche Auslegung mit Begründung unter Berücksichtigung folgender Änderung:
Drempel sind nur bis 0,75 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
2. Über die von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange (TÖB) während der Bürgerbeteiligung vom 07.01. - 21.01.2002 vorgebrachten Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Die Anregungen zum Drempel und zu den Dachgauben werden berücksichtigt.
 - 2.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass von den beteiligten Trägern öffentlicher Belange (TÖB) für den Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung keine bedeutsamen Planungen und sonstige Maßnahmen angegeben wurden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

14. I. **43. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil (Alt-)Siegen**
II. **Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" im Stadtteil (Alt-) Siegen;**
hier:
 - **Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
 - **Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen**
 - **Beschluss der Flächennutzungsplanänderung**
 - **Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung**

Vorlagenr. 1844/2002 - Vorlage vom 29.01.2002

Beschluss:

(in Abänderung der Ziffern 2.3 und 2.4 gem. Empfehlung des Bauausschusses):

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden zu den beiden Bauleitplänen keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen eines Trägers öffentlicher Belange und aus der Bürgerschaft zu den beiden

Bauleitplänen wird wie folgt beschlossen:

- 2.1 Die von der Pipeline Engineering angeregte planungsrechtliche Sicherung der Ruhrgasleitung LA 416 ist durch das im Bebauungsplan Nr. 308 für das Flurstück 125 festgesetzte Leitungsrecht zugunsten der Stadt Siegen, ESi sowie der Versorgungsträger für Gas, Strom, Wasser und Fernmeldewesen berücksichtigt.
 - 2.2 Der von dem Einwender Auf der Schemscheid 33 vorsorglich eingelegte Widerspruch gegen den Bebauungsplan Nr. 308 ist gegenstandslos.
 - 2.3 Die von den Einwendern Auf der Schemscheid 15 und 33 angeregte Beseitigung der Engstelle in der Straße Auf der Schemscheid im Bereich des Stützpfeilers der aufgeständerten Hüttentalstraße durch eine separate Fahrspur stadteinwärts wird nicht berücksichtigt.
 - 2.4 Die beiden Schreiben des Einwenders Auf der Schemscheid 22 - 26 werden zur Kenntnis genommen.
Die Anregung (als Widerspruch bezeichnet) gegen die im Bebauungsplan Nr. 308 festgesetzte Wendeanlage am Ende der Straße Auf der Schemscheid wird zurückgewiesen.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt
- 3.1 die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlage 5 der Vorlage;
 - 3.2 den Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" gemäß § 10 BauGB als Satzung;
 - 3.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" laut Anlage 6 der Vorlage.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Stimme dagegen), 0 Enthaltungen

15. Ausschussneubesetzungen

15.1. Ausschussumbesetzung

Vorlagenr. 1979/2002 - Vorlage vom 28.05.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1. in den Kulturausschuss

Frau Ursula Glagau-Gloor (s. B.) als ordentliches Mitglied in beratender Funktion für Herrn Veli Aydin (s. B.)

2. in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Frau Gül Ditsch (s. B.) als ordentliches Mitglied in beratender Funktion für Herrn Abdullah Özer (s. B.)

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15.2. Ausschussumbesetzungen

hier: Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie u.a.

Vorlagenr. 2043/2002 - Vorlage vom 18.06.2002 (Tischvorlage)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1. in den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

Herrn Markus Stahl (Stv) als ordentliches Mitglied für Frau Anny Daus (Stv) und Herrn Hermann Klein (AM) als stellvertretendes Mitglied für Herrn Walter Mengel (AM).

2. in den Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte

Herrn Lothar Becker (AM) als stellvertretendes Mitglied.

3. in den Werksausschuss

Frau Reinhilde Katz (Stv) als stellvertretendes Mitglied.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**15.3. Ausschussumbesetzung
hier: Jugendhilfeausschuss**

Vorlagenr. 2046/2002 - Vorlage vom 19.06.2002 (Tischvorlage)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Michael Greven (AM) als stellvertretendes Mitglied von den Jugendverbänden für Herrn Thomas Steiner (AM) in den Jugendhilfeausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen